

Die elektronische Erhebung von Eurofound *Leben, Arbeiten und COVID-19* erfasst die Erfahrungen mit dem Leben und Arbeiten in der EU während der COVID-19-Pandemie.

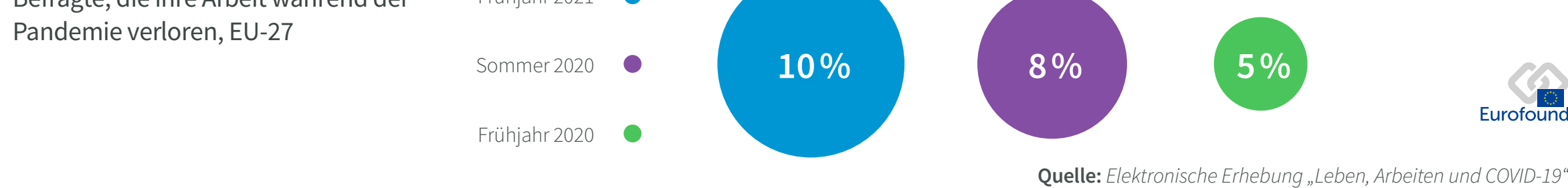
## Über die Erhebung

Es wurden im Zuge der Pandemie drei Runden dieser einzigartigen elektronischen Erhebung durchgeführt und angepasst.



## Arbeitsplatzverluste während der Pandemie

10 % der Befragten, die vor der Pandemie in einem Beschäftigungsverhältnis standen, waren im Frühjahr 2021 arbeitslos



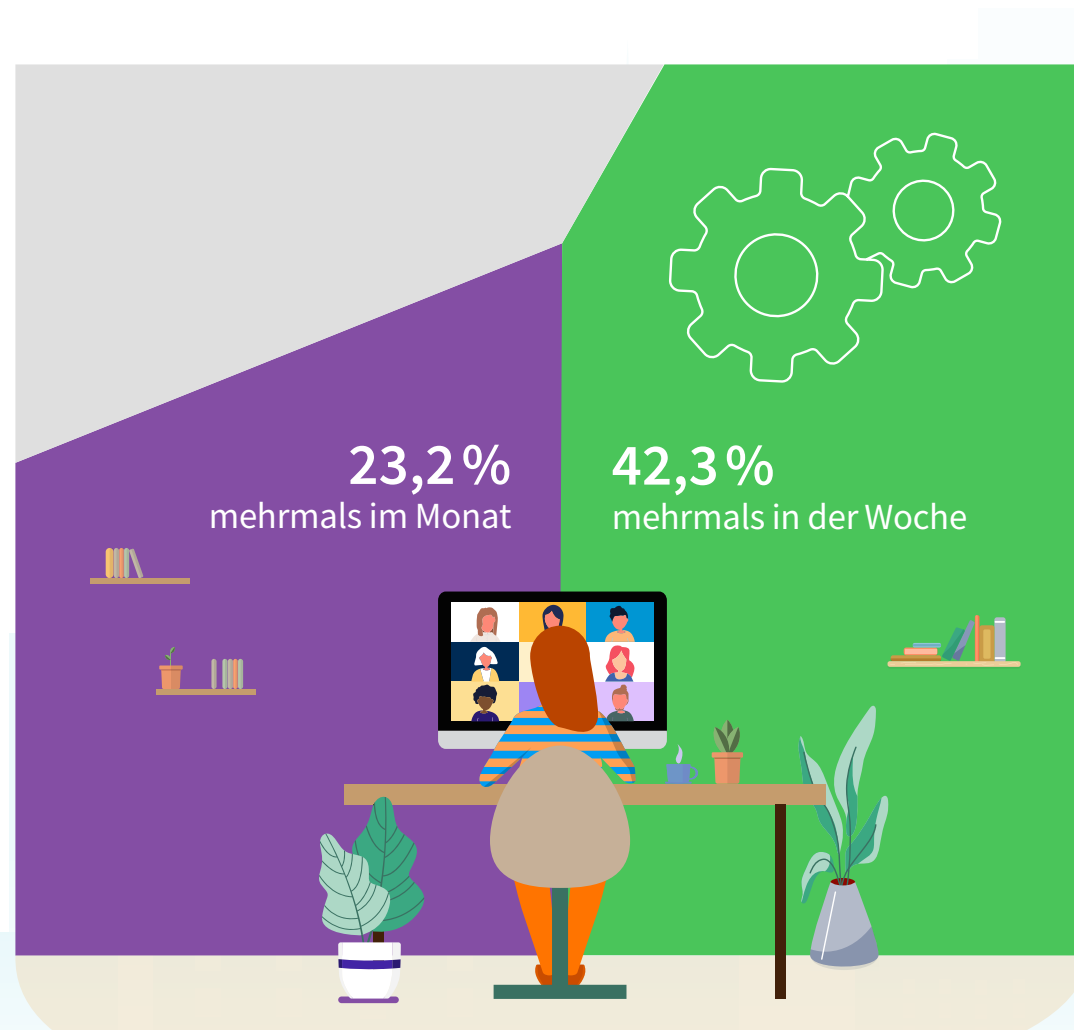
Männer, die während der Pandemie ihren Arbeitsplatz verloren, waren im Frühjahr 2021 mit größerer Wahrscheinlichkeit als im Sommer 2020 noch immer arbeitslos (10 % gegenüber 8 %). Bei den Frauen wurde kein Anstieg verzeichnet.

Die Wahrscheinlichkeit, den Arbeitsplatz zu verlieren, war bei jungen Menschen im Alter von 18-29 Jahren am größten, wobei 17 % im Frühjahr 2021 arbeitslos waren im Vergleich zu 9 % bei den über 30-Jährigen.

## Präferenz für hybride Arbeitsmodelle

Während der Covid-19-Pandemie nahm die Telearbeit in allen Ländern aufgrund der erzwungenen Betriebsschließungen zu. Im Juli 2020 arbeiteten 34 % der Beschäftigten ausschließlich von zu Hause aus.

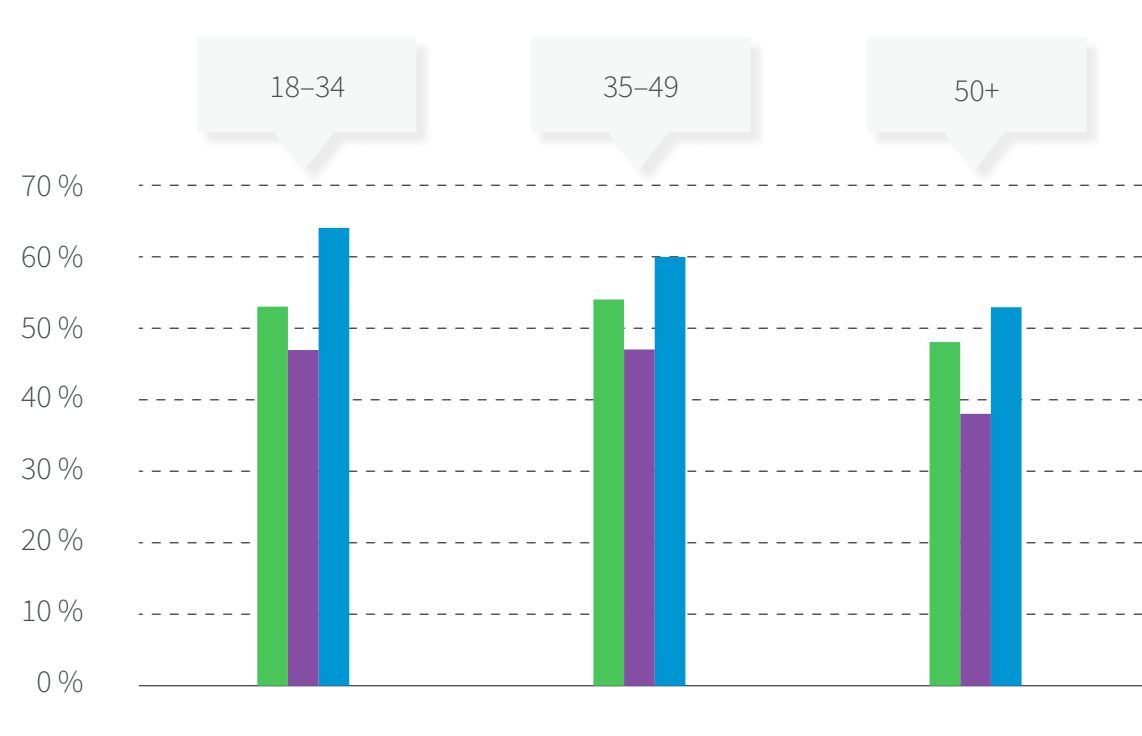
Zwei Drittel dieser Beschäftigten, die während COVID-19 teilweise oder ausschließlich Telearbeit verrichteten, würden auch dann eine hybride Arbeitsform bevorzugen, wenn es keine Einschränkungen gibt.



## Verschlechterung des psychischen Wohlbefindens über alle gesellschaftlichen Gruppen hinweg

Bis zum Frühjahr 2021 hatte das psychische Wohlbefinden den tiefsten Stand erreicht, der jemals während der Pandemie quer durch alle Altersgruppen verzeichnet wurde. Besonders auffällig ist dies bei jungen Menschen und denjenigen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben.

Der stärkste Anstieg in Bezug auf Vereinsamung war bei Frauen über 50 zu verzeichnen (30% im Frühjahr 2021 gegenüber 18% im Sommer 2020).



## Wachsende Ungleichheit im finanziellen Bereich

Bestehende Ungleichheiten nehmen zu, weil sich die Pandemie unverhältnismäßig stark auf gefährdete Gruppen auswirkt. Diejenigen, die sich bereits in einer prekären Lage befanden, hatten noch größere Schwierigkeiten, über die Runden zu kommen.

Die Rechnungen für Versorgungsleistungen sind für 4 von 10 arbeitslosen Befragten ein Problem.

Im Frühjahr 2021 gaben mehr Befragte als im Sommer 2020 an, mit ihren Zahlungen für Versorgungsleistungen, Telefon, Handy und Internet in Verzug geraten zu sein. Der Anteil der Befragten, die über Zahlungsschwierigkeiten berichteten, ist bei Arbeitslosen höher: 77 % dieser Gruppe befinden sich finanziell in einer prekären Lage.

## Schwindende Zufriedenheit mit den pandemiebedingten Unterstützungsmaßnahmen

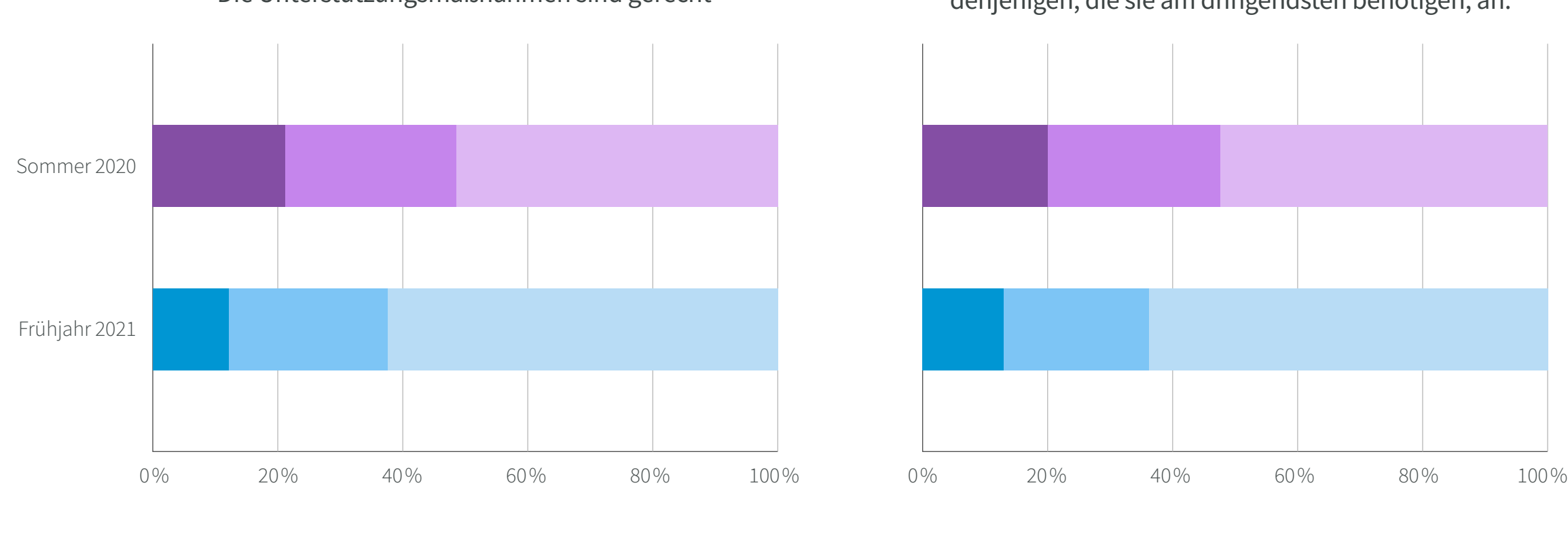


Die Zufriedenheit der Bürger mit den in der Krise eingeleiteten Unterstützungsmaßnahmen ist dramatisch gesunken: lediglich 12 % halten die Unterstützungsmaßnahmen im Frühjahr 2021 noch für gerecht, ein Rückgang gegenüber 22 % im Sommer 2020.

Der Anteil derjenigen, die es für einfach und effizient hielten, Unterstützung zu bekommen, war rückläufig und ging von 16 % im Sommer 2020 auf 10 % im Frühjahr 2021 zurück. Fast jeder zehnte Befragte gab an, dass sein Antrag auf finanzielle Unterstützung abgelehnt wurde.

Die Unterstützungsmaßnahmen sind gerecht

Die Unterstützungsmaßnahmen kommen bei denjenigen, die sie am dringendsten benötigen, an.



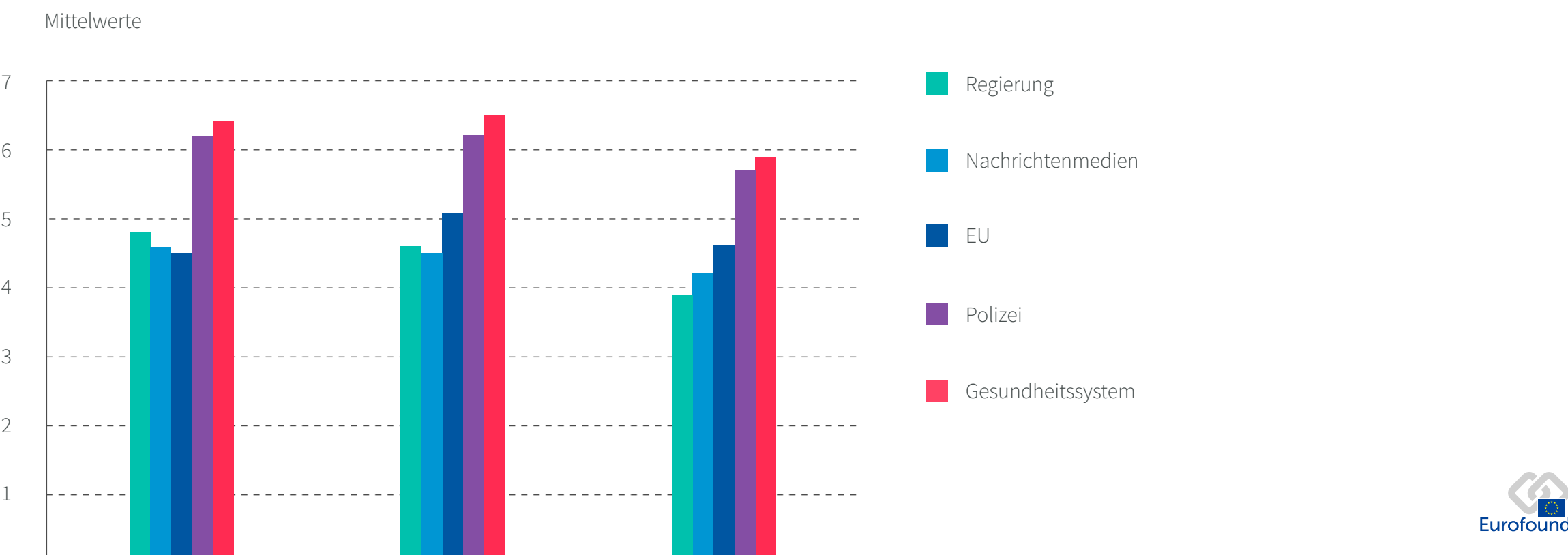
## Großer Vertrauensverlust in nationale Regierungen

Das Vertrauen in die Institutionen ist eingebrochen, insbesondere das Vertrauen in die nationalen Regierungen: der entsprechende Wert ging von 4,6 im Sommer 2020 auf 3,9 im Frühjahr 2021 zurück.

In allen Mitgliedstaaten sank das Vertrauen in die nationalen Regierungen unter das Niveau zu Beginn der Pandemie.

Auch das Vertrauen in die EU ist gesunken, jedoch in geringerem Maße als das Vertrauen in die nationalen Regierungen.

Vertrauen in Institutionen in der EU Mittelwerte



Das Vertrauen junger Menschen in die EU blieb während der Pandemie weiterhin höher als in anderen Altersgruppen.



## Durchführung von Impfungen und zunehmende Impfskepsis



Im Frühjahr 2021 äußerten sich mehr als ein Viertel der in der EU lebenden Menschen skeptisch gegenüber der Impfung gegen das Coronavirus, wobei Männer (29 %) skeptischer waren als Frauen (25 %).

Arbeitslose (39 %), Langzeitkranke oder Menschen mit einer Behinderung (33 %) und Vollzeit-Hausfrauen/-Hausmänner (33 %) stehen der Impfung skeptischer gegenüber als Erwerbstätige (26 %) oder Rentner (23 %).

Diese Impfskepsis steht auch in einem engen Zusammenhang mit dem geringen Maß an Vertrauen, wobei die Impfskepsis in Ländern, in denen das Vertrauen in die Regierung gering ist, stärker ausgeprägt ist.

Wenn soziale Medien die primäre Nachrichtenquelle sind, steigt die Impfskepsis auf 40 % gegenüber 18 % bei Personen, die traditionelle Nachrichtenquellen als primäre Informationsquelle nutzen.

Zur Wiederherstellung des Vertrauens in Regierungen und in das Projekt Europäische Union wird es entscheidend sein, die Bedürfnisse der Menschen in der Zeit nach der COVID-19-Krise zu verstehen und darauf einzugehen. Dies könnte die Grundlage für eine überzeugende Konferenz der ehrgeizigen Konferenz zur Zukunft des Europas sein, die langfristige europäische Demokratie in Sachen Demokratie, bei der alle Europäer in die zukünftige Gestaltung des am 9. Mai 2021 offiziell gestarteten Blocks einbezogen werden.



Melden Sie sich an, um aktuelle Informationen über die nächste Runde der elektronischen Erhebung *Leben, Arbeiten und COVID-19* zu erhalten.

<http://eurofound.link/subscribeovid19>